

**31. Tagung des  
UN-Menschenrechtsrates  
29.02.– 24.03.2016**

**Bericht, Auswertung, Dokumentation**

**Inhalt**

<b>I. Bericht</b>	<b>2</b>
<b>II. Auswertung</b>	<b>8</b>
<b>III. Dokumentation</b>	<b>8</b>
III.1 Berichte thematischen Menschenrechten	<b>8</b>
III.2 Länderberichte	<b>11</b>
III.2. Universal Periodic Review	<b>12</b>
III.3. Podiumsdiskussionen	<b>12</b>
<b>IV. Resolutionen und Entscheidungen</b>	<b>13</b>
Berufung neuer Mandatsträger/innen	<b>24</b>
<b>V Termine 2016</b>	<b>24</b>

Theodor Rathgeber  
Forum Menschenrechte  
[trathgeber@gmx.net](mailto:trathgeber@gmx.net)

Jugendheimstrasse 10  
34132 Kassel

## I. Bericht

Die 31. Tagung des UN-Menschenrechtsrates (MRR) schloss mit 37 Resolutionen, 16 Entscheidungen (14x UPR) und einer präsidentialen Erklärung zur Lage der Menschenrechte in Haiti ab (A/HRC/31/L.40).<sup>1</sup> Die Ratstagung im März zählte insgesamt 66 Sitzungen, die höchste Anzahl bislang. Aus der Versenkung tauchten wieder (insgesamt 6) Nachtsitzungen auf, wie anno dazumal bei der Menschenrechtskommission. Wie's der Zufall so will, war der Autor dieses Berichts bei der längsten bis zum Ende um 23.34 Uhr zugegen. Das Ansinnen des vorherigen Ratspräsidenten (2015), dem Rat mehr Effizienz verschreiben zu wollen, macht durchaus Sinn.

Die beiden Entscheidungen legten zum einen den Beginn des 3. Zyklus<sup>4</sup> des UPR-Verfahrens (*Universal Periodic Review*) auf April/Mai 2017 fest (A/HRC/31/L.4). In einer zweiten Entscheidung stimmte der MRR einer Podiumsdiskussion aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Rates zu, abzuhalten am ersten Tag der 32. Tagung (d.h. am 13. Juni 2016). Die Staatengruppe Schweiz, Belgien, Deutschland, Mexiko, Polen, Rumänien, Uruguay schlug vor, das Podium solle sich mit Erfolgen und Herausforderungen beschäftigen (A/HRC/31/L.2). Staaten wie Ägypten, Russland, China, Saudi Arabien war wichtig zu betonen, dass sie keinen offiziellen Bericht von der Podiumsdiskussion wünschen; der als Referenz für eine außerplanmäßige Debatte um etwaige Reformen beim Rat genutzt werden könnte. Als Kompromiss wird das Hochkommissariat (*Office of the High Commissioner for Human Rights*; OHCHR) beauftragt, eine Zusammenfassung zu erstellen. Das Ansinnen mehrerer Staaten, den Termin zu verschieben, weil er in den Ramadan fällt, blieb erfolglos.

Der MRR hatte auf Vorlage der Staaten Albanien, Paraguay, Großbritannien (*United Kingdom*) und USA einen Text vorliegen, der für den Süd-Sudan ursprünglich eine(n) Sonderberichterstatter(in) vorsah. Nach Konsultation mit der afrikanischen Staatengruppe und dem Süd-Sudan wurde eine dreiköpfige Menschenrechtskommission für die Laufzeit von einem Jahr beschlossen (Resolution A/HRC/31/L.33; *Situation of human rights in South Sudan*). Die Resolution wurde mit den Veränderungen ohne Abstimmung angenommen, wenngleich China, Cuba und Venezuela zu Protokoll gaben, sich vom Konsens zu distanzieren.

Der **Hochkommissar für Menschenrechte**, Zeid Ra'ad Al Hussein, nahm sich zu Beginn seines Jahresberichts 2015 (A/HRC/31/3) die Praxis der ‚Fensterreden‘ (*window dressing*) vor, in denen alles versprochen und nichts eingehalten werde. Er kritisierte in diesem Zusammenhang das global zu beobachtende Schrumpfen öffentlicher Räume für dissidente Meinungen und Aktivitäten, verursacht nicht zuletzt durch Vertragsstaaten der Abkommen zum Schutz der Menschenrechte, die den Schutz solcher Meinungen garantieren sollen. Gemeint war auch die Behandlung des Zika-Virus<sup>5</sup> durch Regierungen in Lateinamerika, die in einigen Ländern in der Empfehlung gipfelte, Frauen sollten besser nicht schwanger werden. Demgegenüber stellte der Hochkommissar fest, dass in vielen dieser Länder sexuelle Gewalt weit verbreitet und umgekehrt eine angemessene Gesundheitsversorgung in Sachen Sexual- und Schwangerschaftsbehandlung gerade Frauen aus dem ärmeren Teil der Bevölkerung

---

<sup>1</sup> Die offiziellen Registernummern A/HRC/RES/31/xx sind noch nicht zugewiesen; können aber ca. Ende April über <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session31/Pages/31RegularSession.aspx> abgerufen werden.

verwehrt bleibt.

In einem nächsten Abschnitt ging er auf das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei zwecks Rückführung von Flüchtlingen ein. Er verwies auf die Gefahr illegaler, kollektiver und willkürlicher Abschiebungen. Ebenso seien die Bedingungen in der Türkei, im Libanon und in Jordanien mit insgesamt rund 4,2 Mio. Flüchtlingen am Rande des Kollaps‘, so dass dorthin grundsätzlich niemand abgeschoben werden sollte. Überdies sei die Lage der Menschenrechte vor allem im Südosten der Türkei Besorgnis erregend, verschärft durch die Aktion gegen die Tageszeitung ZAMAN. Er forderte die EU auf, stärker Rechte- und humanitär-basierte Maßnahmen zu ergreifen. Kurz vor Ende der 31. MRR-Tagung nahm eine Podiumsdiskussion das Thema Migration nochmals unter dem Aspekt der ‚technischen Kooperation‘ auf, in dem viel von notwendigen Hilfsprogrammen die Rede war; zum Thema Migration und unbegleitete Kinder s. auch OHCHR-Bericht A/HRC/31/35.

Der Hochkommissar rief alle Staaten auf, gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen. In Bezug auf Polen kritisierte er die gesetzgeberischen Maßnahmen zur [Einschränkung der] Funktion des Verfassungsgerichts, zur Pressefreiheit und zum Datenschutz. Einmal in Fahrt, bemängelte er die Einschränkung von Freiheitsrechten in anderen osteuropäischen Staaten wie Belarus, Usbekistan, Ukraine, Lettland, Estland, russischer Föderation.

Aus der Vielzahl weiterer kritischer Anmerkungen gegenüber Staaten sei zum einen Burundi erwähnt, Mitglied des MRR seit 2016. Dort stellte Zeid Ra'ad Al Hussein insbesondere extralegale Hinrichtungen, erzwungenes Verschwindenlassen und willkürliche Verhaftungen fest. Kritisch befasste er sich mit den über 300 Todesopfern in den USA im Jahr 2015; dunkler Hautfarbe und erschossen von der Polizei. Ähnliches berichtete er aus Brasilien: von den über 2.000 Toten im Jahr 2015, verursacht durch Polizeigewalt, war der Anteil junger Brasilianer afrikanischen Ursprungs signifikant hoch. In Bezug auf China, Irak, Iran, Pakistan, Saudi Arabien und USA sprach er die hohe Anzahl an Hinrichtungen an. Der sexuelle Mißbrauch durch UN Friedenstruppen vor allem in der Zentralafrikanischen Republik müsse von den jeweiligen Regierungen strafrechtlich verfolgt werden. Eine der eher wenigen, positiven Aspekte betraf die UN Vertragsorgane, die 2015 zusammengezählt 99 Sitzungswochen mit der Überprüfung von 173 Staatenberichten zubrachten und Empfehlungen aussprachen.

In der Aussprache (*interactive dialogue*) entgegnete der Repräsentant der EU den Bemerkungen des Hochkommissars mit allgemeinen Formulierungen zu menschenrechtlichen Standards, die die Politik der EU kennzeichneten und konzentrierte sich ansonsten auf die Lage in Syrien, Nordkorea, Süd-Sudan, Burundi, Ukraine und Sri Lanka. Als eine der wenigen EU-Mitgliedsstaaten gingen Griechenland und Italien auf die aktuelle Lage der Flüchtlinge ein, kritisierten die Grenzschießungen und forderten eine kollektive bzw. internationale Unterstützung ein. Portugal beleuchtete Fluchthintergründe, der Malteserorden menschenrechtliche Prinzipien bei der Bewältigung der Fluchtbewegungen. Von NGO-Seite beschäftigte sich nur wenige, u.a. die *Arabische Menschenrechtskommission* und die *International Catholic Migration Commission* ausführlicher mit dem Thema Migration und Flüchtlinge.

Die deutsche Delegation konzentrierte sich auf Menschenrechtsverletzungen als potenzielle Indikatoren für Krisen und Konflikte und fragte den Hochkommissar, wie die vielen

Informationen auf Seiten des MRR besser genutzt werden könnten. Unbeschadet der Komplexität vieler Situationen möchte der Autor zurufen: ernst nehmen und in aktive Politik umsetzen. Immerhin war die neue Bundesbeauftragte für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Bärbel Kofler, in ihrem Wortbeitrag zum sogenannten *High Level Segment* auf die Herausforderung der Menschenrechtspolitik durch Fluchtbewegungen eingegangen.

Die Delegation des Süd-Sudan gab in Erwiderung auf die Lagebeschreibung durch den Hochkommissar kund, es gebe im Land keine Hungersnot (*starvation*), allerdings einen Mangel an Nahrung (*food gap*). Die Delegation aus Burundi meldete sich in der Aussprache gar nicht erst zu Wort. Durch Namibia war zu erfahren, dass der sogenannte *Voluntary Technical Assistance Trust Fund* immerhin 18 Regierungsvertretern der am wenigsten entwickelten Staaten (*least developed countries and small island developing States*) die Teilnahme an der Ratstagung ermöglicht hatte. Das *International Movement against All Forms of Discrimination and Racism* (IMADR), *Franciscans International* und *Human Rights Watch* widmeten einen Absatz ihrer Statements zur kritischen Bewertung der Reformanstöße in Sri Lanka.

Die Erinnerung an die Menschenrechtskommission war nicht allein den Nachtsitzungen geschuldet. Im vergangenen Jahr hatte sich bereits abgezeichnet, dass die Dispute um normative Standardsetzungen, Deutungen und universale Geltung polarisiert ausgetragen wurden. Im März kam der Versuch eines Rollbacks hinzu. Den Anfang setzten Bericht und Empfehlungen des Sonderberichterstatters zu Menschenrechtsverteidiger/innen, Michel Forst, der gute Beispiele zum Schutz derselben zusammen getragen hatte (A/HRC/31/55). Er verdichtete diese zu **Prinzipien und Handlungsempfehlungen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen**: eine spezifische Gesetzgebung einschließlich Strafgesetzen, ein entsprechendes Monitoring- und Koordinationssystem auf staatlicher Seite, prompte Untersuchungen bei Normverletzungen, ein Katalog disziplinarischer Maßnahmen, öffentliche Unterstützung für Menschenrechtsverteidiger/innen, Aktionspläne unter Einschluss der nationalen Menschenrechtsinstitutionen (NHRIs).<sup>2</sup> Diese Empfehlungen wurden zusätzlich im Rahmen eines Side Events unter Beteiligung der vormaligen Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, debattiert und beworben.

Kongenial dazu gestaltete sich wenige Tage später das Unterfangen der Sonderberichterstatter für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Maina Kiai, sowie zu extralegalen Hinrichtungen, Christof Heyns, eine **Handreichung zur menschenrechtlich orientierten Steuerung von Protesten** vorzustellen (A/HRC/31/66).<sup>3</sup> Eine Sammlung sogenannter *Best*

---

<sup>2</sup> Der Text spricht von sieben Grundsätzen: Principle 1: adopt a rights-based approach to protection, empowering defenders to know and claim their rights; Principle 2: recognise that defenders are diverse and come from different backgrounds, cultures, and belief systems; Principle 3: recognise the significance of gender in the protection of defenders and apply an intersectionality lens to the assessment of risks and to the design of protection initiatives; Principle 4: focus on 'holistic security' of defenders, including physical security, digital security, and psychosocial wellbeing; Principle 5: do not focus on the rights and security of individual defenders alone, but also include the groups, organisations, communities, and family members who share their risks; Principle 6: involve defenders in the development, choice, implementation and evaluation of strategies and tactics for their protection. The participation of defenders is key to their security; Principle 7: be flexible, adaptable, and tailored to the specific needs and circumstances of defenders.

<sup>3</sup> *Joint compilation report of the Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association and the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions on practical recommendations for the proper management of assemblies, based on best practices and lessons learned.*

*Practice* soll als Referenz für gesetzgeberische Maßnahmen und staatliches Handeln, gegebenenfalls deren Anpassung dienen. Mit dem vorgestellten, normativen Gerüst soll nicht zuletzt die Verantwortung wirtschaftlicher Unternehmen eingefordert werden, und Proteste gegen unterlassene oder manipulierte Konsultationen durch private Firmen sollen dezidierten Schutz erfahren.

Dem gemeinsamen Bericht zugrunde lagen die - umstrittene - MRR Resolution 25/38, Konsultationen mit insgesamt 54 Regierungen, zahlreichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Expert/innen aus mehreren Kontinenten. Während u.a. die Vertretung der türkischen Regierung den Bericht begrüßte, betonten Regierungsvertreter aus Russland, China, Südafrika, Nigeria, Indien, Botswana, Ägypten, dem Iran Marokko, Venezuela oder Cuba zuvörderst die Pflichten der Protestierenden, solche Veranstaltungen friedlich und in Übereinstimmung mit den nationalen Gesetzen durchzuführen. Etwa die Erlaubnis der Behörden einzuholen, damit diese Gefahren für die öffentliche Ordnung abwenden könnten. Sie bemängelten ebenso, dass diesem Bericht Empfehlungen fehlen würden, wie sich die Organisatoren von Versammlungen zu verhalten hätten. Mißfallen erregte auch der ausdrückliche Bezug der Handreichung auf sogenannte ‚besonders verletzbare Gruppen‘ (*vulnerable groups*) wie etwa Lesben oder Schwule.

Dergestalt eingestimmt, legten Costa Rica, Schweiz und Türkei die Resolutionsentwürfe L.21 (*The promotion and protection of human rights in the context of peaceful protests*) sowie Norwegen L.28 (*Protecting human rights defenders, whether individuals, groups or organs of society, addressing economic, social and cultural rights*) zur Abstimmung am Ende der Ratstagung vor. Obwohl Norwegens Vorlage in wesentlichen Textteilen schon 2013, wenngleich ebenfalls umstritten, angenommen (Resolution 22/6), und 2014 das Mandat zu Menschenrechtsverteidiger/innen im Konsens bestätigt (Resolution 25/18) worden war, löste die Vorlage L.28 einen Sturm der Entrüstung, insgesamt sechs Konsultationsrunden und rund 12 Stunden Verhandlungen sowie letztlich ein zweistündiges Abstimmungsprozedere aus, in dem der MRR über 31 schriftliche Änderungsanträge zu befinden hatte; einer davon wurde vor der Abstimmung zurück genommen. Bis auf eine Änderung (L.65) waren alle durch Russland, China, Cuba, Ägypten und Pakistan vorgelegt worden (*amendments* L.41 bis L.71).

Der Text von L.28 hatte Aktivitätsfeldbeschreibungen für MR-Verteidiger/innen aus der Resolution des Dritten Ausschusses der UN Generalversammlung (UNGA) vom November 2015 aufgenommen (A/C.3/70/L.46/Rev.1). Diese Resolution war schon umstritten, jedoch mit 117:14:40 angenommen worden. Neu in dieser Resolution wie auch in L.28 war der Fokus, den Schutz der Aktivitäten von Menschenrechtsverteidiger/innen im Kontext der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK-Rechte) auszubuchstabieren. Dies alles wurde von Seiten der Opponenten als neues Konzept zum Begriff Menschenrechtsverteidiger verstanden, das beabsichtige, die UN Erklärung zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger (A/RES/53/144) aus dem Jahr 1998 umzuschreiben und Sonderrechte einzuführen. Der MRR sei für ein solches Unterfangen schlicht nicht das angemessene UN Organ. Der Text L.28 sei völkerrechtlich unzulässig. Cuba beschwerte sich darüber hinaus, dass in sozialen Netzwerken eine Kampagne gegen die Opponenten gestartet worden wäre. Dies verstoße gegen alle Regeln internationaler Verhandlungsführung. Demgegenüber hielten die Befürworter der Resolution L.28 daran fest, dass der Text keine neuen, insbesondere keine Sonderrechte einführe, sondern lediglich den bisherigen, klassisch an den Freiheitsrechten orientierten Fokus auf die WSK-Rechte schwenke und dortige

spezifische Konstellationen, etwa die Verteidigung der Menschenrechte gegen private Unternehmen, aufnehme.

Einmal polarisiert, hatten es sich die Opponenten mittels ihrer Änderungsanträge zur Aufgabe gemacht, die Begriffe ‚*human rights defenders*‘, ‚*women human rights defenders*‘, ‚*civil society*‘, Hinweise auf das Recht auf Informationszugang, auf Ansprüche auf Entschädigung und die positiven Bezüge auf den Bericht des Sonderberichterstatters systematisch aus dem Resolutionsentwurf L.28 entfernen bzw. die Eingrenzung der Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte mittels nationaler Gesetze, öffentlicher Ordnung etc. herausstreichen zu wollen, denen die Aktivitäten von Menschenrechtsverteidiger/innen, u.a. die Organisation von Protest, zu unterliegen haben. Auch die staatliche Verpflichtung, aktiv gegen Straffreiheit vorzugehen, sollte im Kontext dieser Resolution nicht aufgeführt werden.

Alle Änderungsanträge wurde mit einer mehr (23:12) oder weniger (22:17) großen Mehrheit abgewiesen; Einzelheiten zur Abstimmung s. Abschnitt IV. Auf Seiten der Befürworter der Änderungen gab es einen Kern an durchgängig mit Ja stimmenden Ländern: Burundi, China, Cuba, Russland, Saudi Arabien, United Arab Emirates, Venezuela und Vietnam. Auf Seiten der Gegner der Änderungsanträge stimmten durchgängig mit Nein die Länder Albanien, Belgien, Frankreich, Georgien, Deutschland, Ghana, Lettland, Mexico, Niederlande, Panama, Paraguay, Portugal, Südkorea, Slowenien, Schweiz, Mazedonien, Großbritannien. Die Elfenbeinküste, El Salvador, Botswana, Kenia, Kirgistan, Marokko, Malediven, Namibia, oder die Philippinen stimmten häufiger gegen die Änderungen oder enthielten sich. Länder wie Algerien, Bangladesch, Indien, Nigeria, Indonesien oder Qatar stimmten häufiger für die Änderungen, Südafrika und Togo enthielten sich konstant. Ecuador und Bolivien betonten die Bedeutung der Zivilgesellschaft, Ecuador stimmte der Resolution L.28 auch zu, sahen sich aber entsprechend ihres Abstimmungsverhaltens zu den Änderungsanträgen mehr im Argumentationsmuster von Russland et al. verortet. Die Resolution L.28 wurde schließlich mit einer großen Mehrheit von 33:6:8 angenommen.

Ähnlich kontrovers und aufwendig verlief die Abstimmung zur Resolution L.21 (friedlicher Protest), wengleich hier ‚nur‘ acht Änderungsanträge (L.72-L.79) zu bewältigen waren. Es gab ebenfalls mehrere Konsultationsrunden und eine Kompromissuche bis kurz vor der Abstimmung. Zwei Änderungsanträge wurden dadurch zurückgezogen (L.73 und L.77). Vergleichbare Länderkonstellationen verwiesen auf die Pflichten von Protestierenden, so u.a. Indien, sich gesetzestreu und die öffentliche Sicherheit respektierend zu verhalten. Überhaupt gebe es den Begriff ‚friedlicher Protest‘ im Völkerrecht nicht; so die Vertreterin Russlands. Vergleichbar L.28, wurden alle Änderungsanträge zu L.21 abgelehnt. Die Vertretung der Mongolei hatte an allen Abstimmungen über Änderungsanträge zu L.21 und L.28 nicht teilgenommen. Die Resolution L.21 erhielt abschließend eine deutliche Mehrheit mit 31:5:10 (Details s. unter IV).

Der Bericht des OHCHR zum **Schutz der Familie** (A/HRC/31/37) konzentrierte sich zwar auf die Vorgabe, den Beitrag der Familie zur Armutsminderung auszuloten (*contribution of the family to the realization of the right to an adequate standard of living for its members, particularly through its role in poverty eradication and achieving sustainable development*), lieferte aber im Abschnitt III (paras. 22ff.) unter Rückgriff auf Schlussfolgerungen und Empfehlungen der UN Vertragsorgane einige Klarstellungen zur begrifflichen wie realen Vielfalt einer Familie. Dazu die politischen Mehrheiten entsprechend zu organisiert, müsste

jetzt leichter fallen.

**China** hat angekündigt, im April einen **Zwischenbericht zum UPR-Verfahren** vorzulegen; ein Ansinnen, an dem die Bundesregierung trotz Zusage bislang gescheitert ist. Die Resolution L.39 zu israelischen Siedlungen auf **besetztem palästinensischem Gebiet** enthält in O[perative] P[aragraph] 19 den Auftrag an den Sonderberichterstatter, eine **Datenbank zu Unternehmen und Produkten aus israelischer Produktion** anzulegen und kontinuierlich zu überprüfen. Die Bundesregierung und Finnland haben es geschafft, Brasilien und Namibia als Mit-Betreiber der Resolution zu angemessenem Lebensstandard (L.11) an Bord zu holen. Zur 36. MRR-Tagung (September 2017) soll eine umfassende Studie zum Thema Fonds mit illegalem Hintergrund (**funds with illicit origins**) vorliegen. Der Resolution zum **Iran** (L.27) waren mehrere Kommentare vorausgegangen, die zwar atmosphärische Verbesserungen konstatierten, aber z.B. die drohende Todesstrafe gegen Jugendliche nach wie vor als Gradmesser für die Beibehaltung der Länderresolution sehen (Paraguay). Ghana hat angekündigt, eine **Sondersitzung** des Rats zum Thema **Nachhaltige Entwicklungsziele** (*Sustainable Development Goals*) anzustreben. **Nordkoreas** Außenminister hatte im *High Level Segment* einen Boykott der Tagungen des MRR angekündigt.

Ein nicht alltäglicher Erfolg gelang den beharrlichen Unterstützern zu **Westpapua**, die die **Solomon Islands** dazu brachten, ein offizielles Statement zur Lage der Menschenrechte dort abzugeben. Der Regierungsvertreter der Solomon Islands kritisierte insbesondere Fälle von willkürlicher Verhaftung, Folter, Massenhinrichtungen und Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Sicherheitskräfte Indonesiens. Kritisiert wurde auch die hohe Sterblichkeitsrate bei Müttern. Indonesien wies im Rahmen des Widerspruchsrechts (*Right to Reply*) die Darstellung zurück und zeite den Vertreter der Solomon Islands der schlichten Unkenntnis. So viel Zeit und Worte hat Indonesien bislang noch nie für Westpapua aufgewandt.

**Burundi** stand zwei Mal im Zentrum der Aufmerksamkeit: beim Länderbericht durch den Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger/innen und bei einer speziell anberaumten Debatte mit dem Hochkommissar; beschlossen durch die 24. Sondersitzung des Rates im Dezember 2015 (Resolution S-24/1). Der Bericht des Sonderberichterstatters beschreibt die legalen und faktischen Bedingungen im Land, die sich stichwortartig mit Straflosigkeit, Kriminalisierung und Stigmatisierung kurz umreißen lassen. Gleichwohl habe er auch eine durchaus aktive Zivilgesellschaft (im November 2014) angetroffen. Der Vertreter des Hochkommissars bestätigte, dass die politische Gewalt nicht gestoppt worden sei, die repressiven Maßnahmen der Regierung bestünden fort, über 250.000 Menschen seien in Nachbarländer geflohen. Der Sonderberichterstatter zu extralegalen Tötungen berichtete, dass die offene Gewalt zurück gegangen sei, dafür hätten die Fälle von Verschwindenlassen zugenommen, und nach wie vor sei kein Bemühen um Rechenschaftslegung erkennbar. Der Regierungsvertreter Burundis sah die Lage anders, d.h. sich in Richtung Normalität entwickeln und wies darauf hin, dass die Inanspruchnahme der politischen Freiheitsrechte sich an den Gesetzen des Landes und den Regeln für die öffentliche Ordnung halten müsste. Die aufgebrochene Gewalt sei nicht zuletzt den Ergebnissen der belgischen Kolonialzeit geschuldet. Im MRR fiel Burundi ansonsten nicht durch Wortbeiträge auf und stimmte konstant mit Ländern wie Russland oder China ab. Im April soll Burundi Gegenstand einer Resolution im UN Sicherheitsrat sein. Eine Befassung durch den UNSC galt unausgesprochen bislang als nicht vereinbar mit einer Mitgliedschaft im MRR.

## II. Auswertung

Ein fundamental angelegter Rollback-Versuch in Sachen Verteidigung der Menschenrechte durch die Zivilgesellschaft konnte abgewehrt werden. Für thematisch gekennzeichnete Menschenrechte das Anliegen einer realitätsgerechten Ausrichtung gibt es momentan eine prekäre Mehrheit im MRR. Bei Ländersituationen ist es deutlich anders; allerdings nicht zuletzt aufgrund der blinden Flecken in den Arealen westlicher Staaten. Die Repressalien gegen Engagierte, zumal, wenn sie mit UN-Einrichtungen kooperieren, gehen weiter, ohne dass eine Mehrheit im MRR darüber befinden würde. Die Lage etwa der Rechtsanwält/innen in China wurde zwar thematisiert, aber ohne erkennbare Folgen für die Mechanismen des Rates oder für andere Politikfelder der Regierungen. Es ist schwierig geworden, noch Staaten zu finden, die unbeschadet realpolitischer Nöte als gut beleumundet darstellbar sind. Botswana und Ghana können als Ratsmitglieder dazu gezählt werden.

Die deutsche Delegation, soweit für Außenstehende erkennbar, spielte eine aktive Rolle in der Zurückweisung der Änderungsanträge zu den Resolutionen L.21 und L.28 und meldete sich mit Statements zu den Themen Shrinking Space, Menschenrechtsverteidiger/innen, Obdachlosigkeit, Menschen mit Behinderung, Kinder in Haft, Religionsfreiheit, Migration und Diskriminierung sowie Menschenrechte im Kontext von Frieden und Sicherheit zu Wort. Die Beiträge unterstützten die normativen Fingerzeige im Disput mit anderen und förderten die Versuche, das institutionelle Gerüst der Menschenrechte zu stärken. Auch Lob fiel für die Bundesregierung ab. Der Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger/innen nahm das Bedauern der deutschen Delegation mit Interesse zur Kenntnis, das vor dem Trend der Kriminalisierung der Engagierten warnte. Das ehemalige Mitglied des Europaparlaments und jetziger Berater des *International Institute for Democracy and Electoral Assistance*, Emine Bozkurt, sprach sich anerkennend zu Deutschlands Haltung in der Flüchtlingsfrage aus. So ist es, wenn im Reich der Blinden der Einäugige zum König mutiert.

## III. Dokumentation

### III.1. Berichte zu thematischen Menschenrechten

Der Sonderberichterstatter zum Thema **Umwelt**

legte einen Bericht vor zu den menschenrechtlichen Verpflichtungen in Bezug auf den Klimawandel (A/HRC/31/52) sowie zur Methodologie zwecks besserer Umsetzung der Verpflichtungen in Bezug auf die Umwelt (A/HRC/31/53).

Das OHCHR

legte eine ergänzende Studie zur **Wechselwirkung von Klimawandel und Recht auf Gesundheit vor** (A/HRC/31/36) sowie eine Zusammenfassung der Inputs (A/HRC/31/CRP.4 [Conference Paper])

Die Sonderberichterstatterin zu **angemessenem Wohnen**

befasste sich mit Obdachlosigkeit (A/HRC/31/54) plus Visite Cabo Verde (A/HRC/31/54/Add.1) plus Visite Serbien und Kosovo (A/HRC/31/54/Add.2).

Der Sonderberichterstatter zu **Menschenrechtsverteidiger/innen**

Konzentrierte sich in seinem Bericht (A/HRC/31/55) auf gute Praktiken zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen, plus Kommunikation mit Regierungen

- (A/HRC/31/55/Add.1), plus Visite Burundi (A/HRC/31/55/Add.2).
- Die Sonderberichterstatterin zu den Rechten von **Personen mit Behinderung** stellte Beispiele guter Praxis vor (A/HRC/31/62), plus Visite Moldawien (A/HRC/31/62/Add.1), plus Kommentar Moldawien (Add.2).
- Die Unabhängige Expertin zum Thema **Personen mit Albinismus** will zur Entwicklung einer guten Praxis in Bezug auf die nationale Gesetzgebung und mit praktischen Maßnahmen der Gewalt gegen Personen mit Albinismus ein Ende bereiten (A/HRC/31/63).
- Der unabhängige Experte zur **Außenverschuldung** behandelte den Kontext illegale Finanzströme, Menschenrechte und die Agenda 2030 (A/HRC/31/60, plus Visite China (A/HRC/31/60/Add.1), plus Visite Griechenland (Add.2), plus sein abschließender Bericht zu illegalen Finanzströmen und Folgen für die post-2015 Entwicklungsagenda (A/HRC/31/61).
- Die Sonderberichterstatterin zum **Recht auf Nahrung** untersuchte die Wechselwirkung von Frauenrechten und dem Recht auf Nahrung (A/HRC/31/51), plus Philippinen (A/HRC/31/51/Add.1, Kommentierung Add.3), plus Marokko (Add.2, Kommentierung Add.4).
- Die Sondergesandte des UNSG zum Thema **Gewalt gegen Kinder** ging in ihrem Bericht insbesondere auf die Aufgaben aus der Agenda 2030 sowie unbegleitete Kinder auf der Flucht ein (A/HRC/31/20).
- Die Sondergesandte des UNSG zum Thema **Kinder in bewaffneten Konflikten** stellte die Situation in acht Ländern vor: Syrien, Irak, Yemen, Palästina, Israel, Nigeria, Süd-Sudan und Afghanistan (A/HRC/31/19).
- Die Sonderberichterstatterin zum Thema **Kinderhandel** befasste sich insbesondere mit dem Thema sexuelle Ausbeutung bei Kindern und extraterritoriale Verantwortung von Staaten (A/HRC/31/58), plus Japan (A/HRC/28/58/Add.1, Kommentierung Add.3), Armenien (A/HRC/28/58/Add.2)
- Der Sonderberichterstatter zum Thema **Folter** legte seinen Schwerpunkt auf die Risiken, denen spezifisch Frauen, Mädchen, Lesben, Schwule, Transgender und Intersex-Personen ausgesetzt sind (A/HRC/31/57), plus Kommunikation mit Regierungen (A/HRC/31/57/Add.1), plus Follow-up (A/HRC/31/57/Add.2), plus Georgien (A/HRC/31/57/Add.3, Kommentierung Add.5), plus Brasilien (A/HRC/31/57/Add.4, Kommentierung Add.6).
- Der Sonderberichterstatter zum Thema **Recht auf Privatsphäre** stellte seinen ersten Bericht vor und skizzierte seine zukünftige Arbeit entlang der Stichwörter Massenüberwachung, Cyber-Spionage, und Cyber-Krieg (A/HRC/31/64).
- Der Sonderberichterstatter zur **Religionsfreiheit** befasste sich mit der Wechselwirkung von Religions- und Meinungsfreiheit und mahnte, Religionsfreiheit von den individuellen Rechteinhabern zu definieren, nicht der Religion als solcher. Einschränkungen für die Religionsfreiheit sehe der Zivilpakt zwar vor, aber allenfalls als Ausnahme und unter engen Vorgaben (A/HRC/31/18), plus Libanon (A/HRC/31/18/Add.1, Kommentierung Add.3), plus Bangladesh (A/HRC/31/18/Add.2, Kommentierung Add.4).
- Der Sonderberichterstatter zum Thema **Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit** betonte, dass friedliche Versammlungen von Seiten des Staates als Angebot zum Dialog und nicht als Bedrohung wahrgenommen werden sollten
- Der Sonderberichterstatter zum Thema **extralegale Hinrichtungen** führte u.a. aus, dass staatliche Gewaltanwendung auch bei unfriedlichen

Versammlungen immer nur das letzte Mittel und verhältnismäßig sein sollte.  
Gemeinsamer Bericht A/HRC/31/66

Der Sonderberichterstatter zum Thema **Counter-Terrorism**

befasste sich mit Konzept und Begriff des ‚gewaltförmigen Extremismus‘, zu denen es im Völkerrecht keine verbindliche Definition gebe. Außerdem sollten die Bedingungen systematischer untersucht werden, die gewaltförmigem Extremismus förderlich sind (A/HRC/31/65).

Die Sonderberichterstatterin zu **kulturellen Rechten**

befasste sich mit der Zerstörung von Kulturgütern und wies darauf hin, dass kulturelle Rechte in Anspruch nehmen nicht notwendigerweise einem kulturellen Relativismus Vorschub leisten muss. Zum Schutz von Kulturgütern seien auch Menschenrechte anwendbar (A/HRC/31/59), plus Botswana (A/HRC/31/59/Add.1, Kommentierung Add.2)

Die unabhängige Expertin zu **Minderheiten**

stellte das Kastenwesen in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen zum Jahresbericht (A/HRC/31/56), was dem Delegierten Indiens gar nicht gefiel und mit dem Code of Conduct drohen ließ; plus Brasilien (A/HRC/31/56/Add.1, Kommentierung Add.2)

- **Forum zu Minderheiten** (A/HRC/31/72)
- **Jahresbericht der Sonderverfahren** (A/HRC/31/79)
- **Bericht zur 22. Jahrestagung der Sonderverfahren** (A/HRC/31/39)
- **Advisory Committee zu Hedgefonds** (A/HRC/31/67)
- **Intergovernmental Working Group on the Effective Implementation of the Durban Declaration and Programme of Action** (A/HRC/31/75)
- **Ad Hoc Committee on the Elaboration of Complementary Standards** (A/HRC/31/74)

**Berichte des OHCHR und UN Generalsekretariats**

- Secretary-General on the operations of the Special Fund established by the Optional Protocol to the Convention against **Torture** and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (A/HRC/31/22).
- Secretary-General on the operations of the United Nations **Voluntary Fund for Victims of Torture** (A/HRC/31/23).
- Secretary-General on conclusions and recommendations of **special procedures** (A/HRC/31/24).
- Secretary-General on measures taken to implement resolution 9/8 and obstacles to its implementation, including recommendations for further improving the effectiveness of, harmonizing and reforming the **treaty body system** (A/HRC/31/25).
- Annual report of the High Commissioner for Human Rights on the rights of persons belonging to **national or ethnic, religious and linguistic minorities** (A/HRC/31/27).
- Outcome of the panel discussion on a human rights-based approach to **good governance** in the public service. Report of the High Commissioner for Human Rights (A/HRC/31/28).
- Secretary-General on the impact of the **arbitrary deprivation of nationality** on the enjoyment of the rights of children concerned, as well as on the existing laws and practices on accessibility for children to acquire nationality, inter alia, of the country in which they are born, if they otherwise would be stateless (A/HRC/31/29).
- Office of the High Commissioner for Human Rights on the rights of **persons with**

**disabilities** on article 11 of the Convention on the rights of persons with disabilities on situations of risk and humanitarian emergencies (A/HRC/31/30).

- Secretary-General on the question of the realization in all countries of **economic, social and cultural rights** (A/HRC/31/31).
- High Commissioner for Human Rights on the realization of the **right to work** (A/HRC/31/32).
- Follow-up report of the High Commissioner for Human Rights on investment in the **rights of the child** (A/HRC/31/33).
- Office of the High Commissioner for Human Rights on **information and communications technology and child sexual exploitation** (A/HRC/31/34).
- Corrigendum to the Report of the Office of the High Commissioner for Human Rights on information and communications technology and child sexual exploitation (A/HRC/31/34/Corr.1).
- Office of the High Commissioner for Human Rights on the **situation of migrants** in transit, including unaccompanied children and adolescents, as well as women and girls (A/HRC/31/35).
- High Commissioner for Human Rights: **Protection of the family**: contribution of the family to the realization of the right to an adequate standard of living for its members, particularly through its role in poverty eradication and achieving sustainable development (A/HRC/31/37).
- Office of the High Commissioner for Human Rights on the outcome of the panel discussion on the **impact of the world drug problem** on the enjoyment of human rights (A/HRC/31/45).
- Open-ended **intergovernmental working group on transnational corporations** and other business enterprises with respect to human rights on its first session (A/HRC/31/50).

### III.2 Länderberichte

- **Nordkorea** (A/HRC/31/70, Corr.1) plus Bericht des OHCHR (A/HRC/31/38)
- **Eritrea** (mündliche Ergänzung)
- **Iran** (A/HRC/31/69)
- **Myanmar** (A/HRC/31/71 plus Kommentierung Add.1)
- **Syrien** (A/HRC/28/68)

#### Capacity building und technical cooperation

- **Zentralafrikanische Republik**, ohne schriftlichen Bericht
- **Ukraine**, mündlicher Bericht
- **Côte d’Ivoire** (A/HRC/31/78)
- **Süd-Sudan** (A/HRC/31/49)
- **Haiti** (A/HRC/31/77)
- **Mali** (A/HRC/31/76)

High Commissioner for Human Rights on his office in **Guatemala** (A/HRC/31/3/Add.1).

High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in **Colombia** (A/HRC/31/3/Add.2).

High Commissioner for Human Rights on the question of human rights in **Cyprus** (A/HRC/31/21).

Secretary-General on the situation of human rights in the Islamic Republic of **Iran** (A/HRC/31/26).

High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in **Afghanistan** and on the achievements of technical assistance in the field of human rights in 2015 (A/HRC/31/46).

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on **Libya** (A/HRC/31/47).

High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights and the work of the Office of the High Commissioner for Human Rights in **Guinea** (A/HRC/31/48).

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on **Libya**: detailed findings (A/HRC/31/CRP.3).

Die Länderberichte zu **Palästina** umfassten

- report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967 (A/HRC/31/73)
- report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the Implementation of the recommendations contained in the report of the independent fact-finding mission on the implications of Israeli settlements on the civil, political, economic, social and cultural rights of the Palestinian People throughout the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem (A/HRC/31/42)
- report of the Secretary-General on Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan (A/HRC/31/43)
- report of the Secretary-General on the Human rights situation in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem (A/HRC/31/44)
- report of the Secretary-General on the human rights in the occupied Syrian Golan (A/HRC/31/41)
- report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the implementation of Human Rights Council resolutions S-9/1 and S-12/1 (A/HRC/31/40)
  - addendum to the report - the human rights situation between 12 June and 26 August 2014 in the Occupied Palestinian Territory, including the escalation in hostilities between the State of Israel and Palestinian armed groups in Gaza (A/HRC/31/40/Add.1)

### **III.3. Universal Periodic Review**

Es gab 14 Entscheidungen zur Annahme der Ergebnisse aus der Runde des UPR-Verfahrens zu folgenden Ländern: Mikronesien, Libanon, Mauretanien, Nauru, Ruanda, Nepal, Österreich, Australien, Georgien, Saint Lucia, Oman, Myanmar, Saint Kitts and Nevis, Sao Tome and Principe.

### **III.4. Podiumsdiskussionen**

- Annual high-level panel discussion on human rights mainstreaming / The 2030 Agenda for Sustainable Development and human rights, with an emphasis on the right to development

- High-level panel discussion on the fiftieth anniversary of the International Covenants on Human Rights: universality, indivisibility, interdependence and interrelatedness of all human rights
- Panel discussion on climate change and the right to health
- Annual interactive debate on the rights of persons with disabilities / Article 11 - situations of risk and humanitarian emergencies
- Annual full-day meeting on the rights of the child / Information and communications technology and child sexual exploitation
- Panel discussion on the progress in and challenges of addressing human rights issues in the context of efforts to end the HIV/AIDS epidemic by 2030
- Panel discussion on the human rights dimensions of preventing and countering violent extremism
- Panel discussion on the incompatibility between democracy and racism
- Debate on the state of racial discrimination worldwide (Commemoration of the International Day for the Elimination of Racial Discrimination) / Challenges and achievements of the Durban Declaration and Programme of Action – 15 years after
- Annual thematic discussion on technical cooperation / Technical cooperation and capacity-building to promote and protect the rights of all migrants, including women, children, older persons and persons with disabilities

## **IV. Resolutionen und Entscheidungen**

### **Resolutionen**

[A/HRC/RES/]; soweit nicht anders vermerkt, wurden die Resolutionen und Entscheidungen ohne förmliche Abstimmung / im Konsens angenommen

#### ***A\_HRC\_31\_L.1***

Integrity of the judicial system

#### ***A\_HRC\_31\_L.3***

Protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism: mandate of the Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism

#### ***A\_HRC\_31\_L.5***

The human rights situation in the Syrian Arab Republic

27:6:14

Dafür (27): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, El Salvador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Mongolia, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Slovenia, Switzerland, The former Yugoslav Republic of Macedonia [Mazedonien], Togo, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland [Großbritannien].

Dagegen (6): Algeria, Bolivia, China, Cuba, Russian Federation, and Venezuela.

Enthaltung (14): Bangladesh, Burundi, Congo, Ecuador, Ethiopia, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, Nigeria, Philippines, South Africa, Vietnam.

#### ***A\_HRC\_31\_L.6***

Commemoration of the thirtieth anniversary of the Declaration on the Right to Development

34:0:13

Dafür (34): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Burundi, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Ghana, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Mexico, Mongolia, Morocco, Namibia, Nigeria, Panama, Paraguay, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, Togo, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Enthaltung (13): Albania, Belgium, France, Georgia, Germany, Latvia, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Dagegen (0):

#### ***A\_HRC\_31\_L.7\_Rev.1***

Question of the realization in all countries of economic, social and cultural rights

#### ***A\_HRC\_31\_L.8***

The rights of persons with disabilities in situations of risk and humanitarian emergencies

#### ***A\_HRC\_31\_L.9\_Rev.1***

Rights of the child: information and communications technologies and child sexual exploitation

#### ***A\_HRC\_31\_L.10***

Human rights and the environment

#### ***A\_HRC\_31\_L.11***

Adequate housing as a component of the right to an adequate standard of living, and the right to non-discrimination in this context

#### ***A\_HRC\_31\_L.12***

Human Rights Education and Training

#### ***A\_HRC\_31\_L.13\_Rev.1***

28:14:5

Dafür (28): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Burundi, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Ghana, India, Indonesia, Kenya, Maldives, Morocco, Nigeria, Paraguay, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Togo, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (14): Albania, Belgium, France, Germany, Latvia, Mexico, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, South Africa, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (5): Georgia, Kyrgyzstan, Mongolia, Namibia, Panama.

#### ***A\_HRC\_31\_L.14***

The right to food

#### ***A\_HRC\_31\_L.15***

Composition of staff of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

33:13:1

Dafür (33): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Burundi, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Ghana, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Mongolia, Morocco, Namibia, Nigeria, Panama, Paraguay, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, Togo, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (13): Albania, Belgium, France, Georgia, Germany, Latvia, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (1): Mexico.

#### ***A\_HRC\_31\_L.16***

The effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of all human rights, particularly economic, social and cultural rights

33:12:2

Dafür (33): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Burundi, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Ghana, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Mongolia, Morocco, Namibia, Nigeria, Panama, Paraguay, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, Togo, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (12): Albania, Belgium, France, Germany, Latvia, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (2): Georgia, Mexico.

#### ***A\_HRC\_31\_L.17***

Promotion of the enjoyment of the cultural rights of everyone and respect for cultural diversity

#### ***A\_HRC\_31\_L.18***

Rights of persons belonging to national or ethnic, religious and linguistic minorities

#### ***A\_HRC\_31\_L.19***

Role of good governance in the promotion and protection of human rights

#### ***A\_HRC\_31\_L.20***

Technical assistance and capacity-building to improve human rights in Libya

#### ***A\_HRC\_31\_L.21***

The promotion and protection of human rights in the context of peaceful protests

31:5:10 (Congo stimmt nicht ab)

Dafür (31): Albania, Algeria, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, France, Georgia, Germany, Ghana, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Latvia, Maldives, Mexico, Mongolia, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, and Großbritannien.

Dagegen (5): Burundi, China, Cuba, Russian Federation, Venezuela.

Enthaltung (10): Bangladesh, Bolivia, Namibia, Nigeria, Qatar, Saudi Arabia, South Africa, Togo, United Arab Emirates, Vietnam.

#### **Abstimmungen zu Änderungsanträgen**

Mongolei nahm an diesen Abstimmungen nicht teil

#### ***A\_HRC\_31\_L.72***

12:23:11

Dafür (12): Bangladesh, Burundi, China, Congo, Cuba, India, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (23): Albania, Algeria, Belgium, Botswana, El Salvador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (11): Bolivia, Côte d'Ivoire, Ecuador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, Nigeria,

Qatar, Togo.

[A\\_HRC\\_31\\_L.74](#)

12:23:10 (auch Cuba stimmte hier nicht ab)

Dafür (12): Bangladesh, Burundi, China, India, Kyrgyzstan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (23): Albania, Algeria, Belgium, Botswana, El Salvador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (10): Bolivia, Congo, Côte d'Ivoire, Ecuador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Namibia, Nigeria, Togo.

[A\\_HRC\\_31\\_L.75](#)

17:23:6

Dafür (17): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, Ecuador, Ethiopia, India, Indonesia, Kenya, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela.

Dagegen (23): Albania, Algeria, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, El Salvador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (6): Congo, Kyrgyzstan, Namibia, Nigeria, Togo, Vietnam.

[A\\_HRC\\_31\\_L.76](#)

13:24:9

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Congo, Cuba, India, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (24): Albania, Algeria, Belgium, Botswana, El Salvador, France, Georgia, Germany, Ghana, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (9): Bolivia, Côte d'Ivoire, Ecuador, Ethiopia, Indonesia, Kyrgyzstan, Namibia, Nigeria, Togo.

[A\\_HRC\\_31\\_L.78](#)

13:23:10

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Cuba, India, Kenya, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (23): Albania, Algeria, Belgium, Botswana, El Salvador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (10): Bolivia, Congo, Côte d'Ivoire, Ecuador, Ethiopia, Indonesia, Kyrgyzstan, Namibia, South Africa, Togo.

[A\\_HRC\\_31\\_L.79](#)

13:22:11

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Cuba, Ecuador, India, Kyrgyzstan, Philippines, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (22): Albania, Algeria, Belgium, Botswana, El Salvador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (11): Bolivia, Congo, Côte d'Ivoire, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Namibia, Nigeria, Qatar, South Africa, Togo.

***A\_HRC\_31\_L.22***

Technical assistance and capacity-building for Mali in the field of human rights

***A\_HRC\_31\_L.23***

Strengthening technical cooperation and advisory services for Guinea

***A\_HRC\_31\_L.24\_Rev.1***

The negative impact of the non-repatriation of funds of illicit origin to the countries of origin on the enjoyment of human rights, and the importance of improving international cooperation  
32:0:15

Dafür (32): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Burundi, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Ghana, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Mongolia, Morocco, Namibia, Nigeria, Paraguay, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, Togo, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Enthaltung (15): Albania, Belgium, France, Georgia, Germany, Latvia, Mexico, Netherlands, Panama, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

#### ***A\_HRC\_31\_L.25***

Situation of human rights in the Democratic People's Republic of Korea

#### ***A\_HRC\_31\_L.26\_Rev.1***

Torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment: safeguards to prevent torture during police custody and pretrial detention

#### ***A\_HRC\_31\_L.27***

Situation of human rights in the Islamic Republic of Iran

20:15:11 (Georgia stimmt nicht ab)

Dafür (20): Albania, Belgium, Botswana, El Salvador, France, Germany, Latvia, Mexico, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, United Arab Emirates, Großbritannien.

Dagegen (15): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, Ecuador, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Russian Federation, South Africa, Venezuela, Vietnam.

Enthaltung (11): Congo, Côte d'Ivoire, Ethiopia, Ghana, Maldives, Mongolia, Morocco, Namibia, Nigeria, Philippines, Togo.

#### **Abstimmung über Antrag zur Nichtbefassung**

14:23:9 (Georgien stimmt nicht ab)

Dafür (14): Algeria, Bangladesh, Bolivia, China, Cuba, Ecuador, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Russian Federation, South Africa, Venezuela, Vietnam;

Dagegen (23) Albania, Belgium, Botswana, El Salvador, France, Germany, Ghana, Latvia, Mexico, Mongolia, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, United Arab Emirates, Großbritannien;

Enthaltung (9): Burundi, Congo, Côte d'Ivoire, Ethiopia, Maldives, Morocco, Namibia, Nigeria, Togo.

#### ***A\_HRC\_31\_L.28***

Protecting human rights defenders, whether individuals, groups or organs of society, addressing economic, social and cultural rights

33:6:8

Dafür (33): Albania, Algeria, Bangladesh, Belgium, Botswana, Congo, Côte d'Ivoire, Ecuador, Ethiopia, France, Georgia, Germany, Ghana, India, Indonesia, Kyrgyzstan, Latvia, Maldives, Mexico, Mongolia, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, South Africa, Switzerland, Mazedonien, Togo, Großbritannien.

Dagegen (6): Burundi, China, Cuba, Nigeria, Russian Federation, Venezuela.

Enthaltung (8): Bolivia, El Salvador, Kenya, Namibia, Qatar, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Vietnam

#### **Abstimmungen zu den Änderungsanträgen L.41 bis L.71**

Mongolei nahm an diesen Abstimmungen nicht teil

Blockabstimmung zu [A\\_HRC\\_31\\_L.41](#), [A\\_HRC\\_31\\_L.43](#), [A\\_HRC\\_31\\_L.46](#), [A\\_HRC\\_31\\_L.58](#)

14:22:10

Dafür (14): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (22): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (10): Algeria, Congo, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, South Africa, Togo.

[A\\_HRC\\_31\\_L.42](#)

14:20:12

Dafür (14): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, Ecuador, India, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (20): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (12): Algeria, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Morocco, Namibia, South Africa, Togo.

[A\\_HRC\\_31\\_L.44](#)

14:21:11

Dafür (14): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Kyrgyzstan, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (21): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (11): Algeria, Congo, Côte d'Ivoire, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Namibia, Qatar, South Africa, Togo.

[A\\_HRC\\_31\\_L.45](#)

13:20:13

Dafür (13): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, India, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (20): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (13): Algeria, Congo, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Namibia, Philippines, South Africa, Togo.

[A\\_HRC\\_31\\_L.47](#)

15:21:10

Dafür (15): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Kyrgyzstan, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (21): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, Ecuador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (10): Algeria, Congo, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Maldives, Namibia, Philippines, South Africa, Togo.

[A\\_HRC\\_31\\_L.48](#)

12:23:11

Dafür (12): Bolivia, Burundi, China, Cuba, Indonesia, Kyrgyzstan, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (23): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, Ecuador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (11): Algeria, Bangladesh, Congo, El Salvador, Ethiopia, India, Kenya, Namibia, Qatar, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.49](#)

13:22:11

Dafür (13): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (22): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, Ecuador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (11): Algeria, Congo, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Namibia, Qatar, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.50](#)

13:22:11

Dafür (13): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, India, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (22): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (11): Algeria, Congo, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.51](#)

12:21:13

Dafür (12): Bangladesh, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (21): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (13): Algeria, Bolivia, Congo, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Namibia, Qatar, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.53](#)

14:22:10

Dafür (14): Bangladesh, Burundi, China, Cuba, Ecuador, India, Indonesia, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (22): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (10): Algeria, Bolivia, Congo, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.54](#)

13:20:13

Dafür (13): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, Ecuador, India, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (20): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (13): Algeria, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Namibia, Qatar, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.55](#)

15:20:11

Dafür (15): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, Ecuador, India, Nigeria, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (20): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico,

Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (11): Algeria, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.56](#)

13:21:12

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (21): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (12): Algeria, Bolivia, Congo, Côte d'Ivoire, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.57](#)

13:22:11

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Cuba, India, Kyrgyzstan, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (22): Albania, Belgium, Botswana, Ecuador, France, Georgia, Germany, Ghana, Indonesia, Latvia, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (11): Algeria, Bolivia, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Maldives, Namibia, South Africa, Togo

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.59](#)

13:21:12

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (21): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (12): Algeria, Bolivia, Congo, Côte d'Ivoire, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.60](#)

11:21:14

Dafür (11): Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (21): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (14): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Congo, Côte d'Ivoire, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, Qatar, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.61](#)

15:21:10

Dafür (15): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Kyrgyzstan, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (21): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (10): Algeria, Congo, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Namibia, Philippines, South Africa, Togo

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.62](#)

13:22:11

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi

Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (22): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, Ecuador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (11): Algeria, Bolivia, Congo, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, Philippines, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.63](#)

13:21:12

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (21): Albania, Belgium, Botswana, Ecuador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (12): Algeria, Bolivia, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, Philippines, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.64](#)

12:20:14

Dafür (12): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Cuba, India, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (20): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (14): Algeria, Congo, Côte d'Ivoire, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, Philippines, Qatar, South Africa, Togo

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.65](#)

12:20:13 (Cuba stimmt nicht mit ab)

Dafür (12): Bangladesh, Burundi, China, India, Nigeria, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (20): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (13): Algeria, Bolivia, Congo, Côte d'Ivoire, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, South Africa, Togo

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.66](#)

13:21:12

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Cuba, India, Indonesia, Nigeria, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (21): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (12): Algeria, Bolivia, Congo, Côte d'Ivoire, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.67](#)

13:22:11

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Congo, Cuba, India, Indonesia, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (22): Albania, Belgium, Botswana, Ecuador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (11): Algeria, Bolivia, Côte d'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, Qatar, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.68](#)

13:21:12

Dafür (13): Bangladesh, Burundi, China, Congo, Cuba, India, Nigeria, Philippines, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (21): Albania, Belgium, Botswana, Ecuador, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (12): Algeria, Bolivia, Côte d'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, Qatar, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.69](#)

12:22:12

Dafür (12): Bangladesh, Burundi, China, Congo, Cuba, India, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (22): Albania, Belgium, Botswana, Côte d'Ivoire, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (12): Algeria, Bolivia, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, Qatar, South Africa, Togo.

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.70](#)

17:20:9

Dafür (17): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Congo, Cuba, Ecuador, India, Indonesia, Nigeria, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (20): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Maldives, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (9): Algeria, Côte d'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Namibia, South Africa, Togo

#### [A\\_HRC\\_31\\_L.71](#)

14:20:12

Dafür (14): Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Congo, Cuba, Ethiopia, India, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (20): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Mexico, Morocco, Netherlands, Panama, Paraguay, Philippines, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Großbritannien.

Enthaltung (12): Algeria, Côte d'Ivoire, Ecuador, El Salvador, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Namibia, Qatar, South Africa, Togo

### ***A\_HRC\_31\_L.29***

Promoting Human Rights through sport and the Olympic ideal

### ***A\_HRC\_31\_L.30\_Rev.1***

Situation of human rights in Myanmar

### ***A\_HRC\_31\_L.31***

Human rights in the occupied Syrian Golan

31:0:16

Dafür (31): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Burundi, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, Ghana, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Mexico, Mongolia, Morocco, Namibia, Nigeria, Panama, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Enthaltung (16): Albania, Belgium, Botswana, France, Georgia, Germany, Latvia, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Switzerland, Mazedonien, Togo, Großbritannien.

Dagegen (0):

***A\_HRC\_31\_L.32***

The right to work

***A\_HRC\_31\_L.33***

The Situation of human rights situation in South Sudan

***A\_HRC\_31\_L.34***

Combating intolerance, negative stereotyping and stigmatization of, and discrimination, incitement to violence and violence against, persons based on religion or belief

***A\_HRC\_31\_L.35***

Freedom of religion or belief

***A\_HRC\_31\_L.36***

Right of the Palestinian people to self-determination

***A\_HRC\_31\_L.37***

Human rights situation in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem

42:0:5

Dafür (42): Albania, Algeria, Bangladesh, Belgium, Bolivia, Burundi, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, France, Georgia, Germany, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Latvia, Maldives, Mexico, Mongolia, Morocco, Namibia, Netherlands, Nigeria, Panama, Philippines, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Russian Federation, Saudi Arabia, Slovenia, South Africa, Switzerland, United Arab Emirates, Großbritannien, Venezuela, Vietnam.

Enthaltung (5): Botswana, Ghana, Paraguay, Mazedonien, Togo.

Dagegen (0):

***A\_HRC\_31\_L.38***

Ensuring accountability and justice for all violations of international law in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem

32:0:15

Dafür (32): Algeria, Bangladesh, Belgium, Bolivia, Burundi, China, Cuba, Ecuador, El Salvador, France, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Mexico, Mongolia, Morocco, Namibia, Nigeria, Panama, Philippines, Portugal, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Slovenia, South Africa, Switzerland, Mazedonien, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Enthaltung (15): Albania, Botswana, Congo, Côte d'Ivoire, Ethiopia, Georgia, Germany, Ghana, India, Latvia, Netherlands, Paraguay, Republic of Korea, Togo, Großbritannien.

Dagegen (0):

***A\_HRC\_31\_L.39***

Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan

32:0:15

Dafür (32): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Burundi, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, El Salvador, Ethiopia, India, Indonesia, Kenya, Kyrgyzstan, Maldives, Mexico, Mongolia, Morocco, Namibia, Nigeria, Panama, Philippines, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, Switzerland, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Enthaltung (15): Albania, Belgium, France, Georgia, Germany, Ghana, Latvia, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Slovenia, Mazedonien, Togo, Großbritannien.

Dagegen (0):

## Entscheidungen

### *A\_HRC\_31\_L.2*

High-level panel on the occasion of the tenth anniversary of the Human Rights Council

### *A\_HRC\_31\_L.4*

Commencement of the third cycle of the universal periodic review

## President's Statement

### *A\_HRC\_31\_L.40*

Situation des droits de l'homme en Haïti

## Berufung neuer Mandatsträger/innen

\* *Alexey Tsykarev* (Russische Föderation) als Mitglied des Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples für die Osteuropäische Staatengruppe;

\* *Erika Yamada* (Brasilien) als Mitglied des Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples für GRULAC;

\* *Surya Deva* (Indien) als Mitglied der Working Group on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises;

\* *Stanley Michael Lynk* (Canada) als Sonderberichterstatter zur Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten, palästinensischen Gebieten (Palestinian territories occupied since 1967).

## V. Ausgewählte Termine 2016

32. Tagung MRR	13.06.-01.07.
33. Tagung MRR	13.-30.09.
UPR 25. Runde	02.-13.05.
UPR 26. Runde	31.10.-11.11.
Arbeitsgruppe Rights of Peasants	17.-20.05.
Arbeitsgruppe Right to Peace	11.-15.07.
Arbeitsgruppe indigene Völker (EMRIP)	11.-15.07.
Advisory Committee	08.-12.08.
Social Forum	03.-05.10.
Forum Business and Human Rights (5. Runde)	14.-16.11.
Forum zu Minderheiten	24.-25.11.
Konferenz FES / DIMR / FMR (in Berlin) + Fortbildung 12.10. vormittags	10.+11.10.